

Steuergefühl zu entwickeln. Ernsthaft in der Diskussion sind etwa

- ▷ eine „Wochenendhaussteuer“ und
- ▷ in den Bodensee-Ufergemeinden eine „Motorbootsteuer“.

Höhnste der Bund der Steuerzahler: „Kommt vielleicht auch noch eine Gartenzwerg-, Hollywoodschaukel-, Briefkasten-, Katzen- oder Fahrradständersteuer?“

SOWJETZONE

LOHNUMTAUSCH

Quelle versiegt

Den West-Berliner Wechselstuben attestierte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ unlängst die Absicht, „die DDR wirtschaftlich zu schädigen“. Am Montag letzter Woche schaltete die DDR den größten Währungsspekulanten aus, der West-

diensteten Bescheinigungen mit Hammer und Zirkel über den jeweiligen Währungsanteil für die Frontstadt-Behörden ausstellte.

500 Eisenbahner waren, da sie als SED-Mitglieder „gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen“, vom amtlichen Lohnumtausch ohnehin ausgeschlossen. Für die rund 4000 zumeist betagten Tauschberechtigten hatte der Senat aus Steuergeldern jährlich zwölf Millionen Westmark aufzuwenden.

Mit dem DDR-Geld, das der von den Alliierten verfügte Lohn-Wechsel einbrachte, speiste der Senat überwiegend das Sortengeschäft der West-Berliner Banken. Im allgemeinen deckte die offiziell der DDR entstammende eine Ost-Million monatlich — bei einem Kurs von 2,30 für eine Westmark — Angebot und Nachfrage.

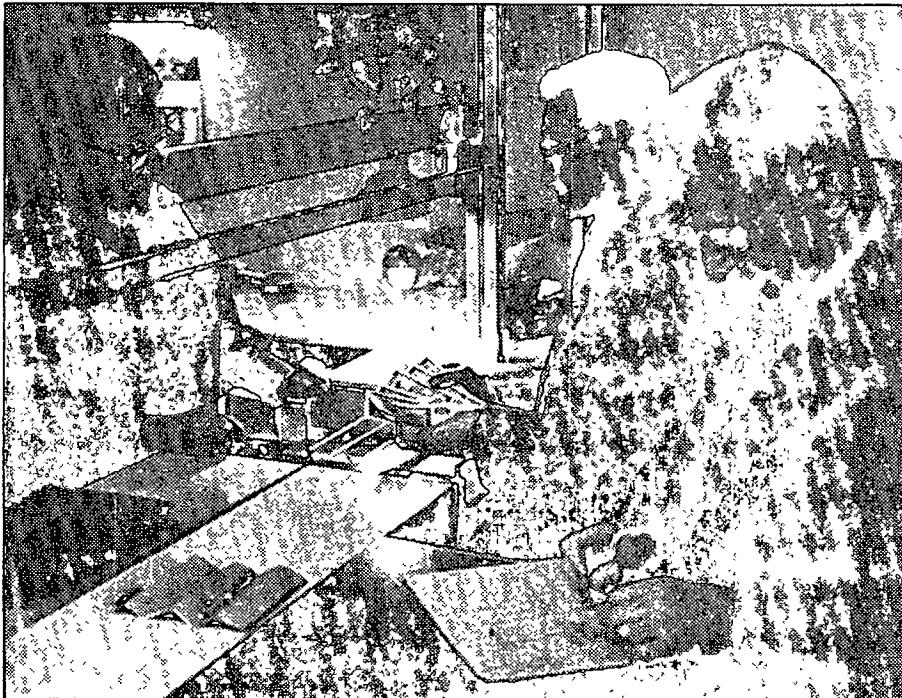
Schwankungen traten lediglich dann auf, wenn die DDR ihre Mauer für West-Besuch öffnete. Die Verwandten im Sowjetsektor gaben ihren Angehörigen

Senat, der nun den Zuschuß für den Eisenbahner-Lohnaustausch spart. Und SED-Eisenbahner, die vom Senats-Wechsel ausgeschlossen waren, können sich erstmals eines vollen Westmark-Portefeuilles erfreuen.

Die DDR aber muß zahlen — wozu sie sich durch den am 1. Dezember verordneten Zwangsumtausch für West-Besucher (SPIEGEL 49/1964) instand gesetzt hat. Etwa zwölf Millionen beansprucht die volle West-Besoldung der DDR-Eisenbahner pro Jahr. Das sind drei Millionen Mark mehr, als die von der DDR in West-Berlin betriebene S-Bahn an Fahrgeld einnimmt.

Außerdem benötigt die DDR Westgeld für die 1,5 Millionen Ost-Rentner, die eine Erlaubnis zum Besuch der Verwandten im Bundesgebiet und in West-Berlin haben. Denn jeder der Ausreisenden bekommt seit Dienstag letzter Woche einmalig fünf Westmark.

Mit diesem Rentner-Fünfer zahlt Ulbricht freilich nur einen Bruchteil dessen, was er umgekehrt Westbesuchern — je Person und Tag fünf Mark — abnimmt. Er gibt im Jahr 7,5 Millionen aus und nimmt schätzungsweise 90 Millionen ein.



West-Berliner Lohnausgleichskasse: DDR zahlt, West-Berlin spart

Berlins Wechselstuben bislang mit Ostmark versorgte: sich selbst.

Am 30. November dekretierte das sowjetzonale Verkehrsministerium, daß alle in West-Berlin wohnenden DDR-Eisenbahner vom 1. Dezember an ihre Bezüge voll in Westgeld erhalten. Bisher besoldete die DDR-Reichsbahn ihre rund 4500 West-Berliner Arbeitnehmer nur zu 60 Prozent in Westmark.

Der Westgeld-Höchstbetrag durfte 300 Mark nicht überschreiten. Den Rest des Lohns händigten, obwohl die Ausfuhr von Mark der (Ost-) Deutschen Notenbank aus der DDR gesetzlich streng untersagt ist, SED-Funktionäre auf West-Berliner Territorium in Ostgeld aus.

Den unrentablen Lohnausgleich besorgte der West-Berliner Senat. Er mußte auf Geheiß der drei Stadtkommandanten den DDR-Eisenbahnern für jede Lohn-Ostmark eine Konsum-Westmark geben. Die DDR unterstützte dieses Verfahren, indem sie ihren Be-

Ostgeld mit, um so auf eigene Kosten bestimmte West-Waren zu bekommen. Das zusätzliche Angebot in DDR-Noten ließ den Ostmark-Kurs dann auf 3,30 bis 3,60 sinken.

Da aber aufgrund des neuen DDR-Dekrets in Zukunft die Hauptquelle für Ostgeld am privaten Devisenmarkt versiegt, schrumpft der Umsatz der West-Berliner Banken in DDR-Münze auf ein Minimum: Jene Summen, die in Strümpfen, Schuhen und sonstigen Verstecken illegal die DDR verlassen und in West-Berlin auftauchen, dürften nach Berechnungen des Senats jährlich rund drei Millionen Ostmark betragen.

Damit wird, so sagen es die Finanz-Experten des Berliner Wirtschaftssensors Professor Schiller voraus, die Ostmark sich als Folge mangelnden Angebots erholen — bei Kursen von voraussichtlich 1,30 bis 1,70 für eine Westmark.

Gewinner der Anordnung des DDR-Verkehrsministeriums ist West-Berlins

RECHT

ENTSCHEIDUNGEN

Ein Unternehmer muß spätestens am zehnten Tag nach dem Ende des jeweiligen Kalendervierteljahres die Lohnsteuer für seine Arbeitnehmer abgeführt haben, sonst macht er sich strafbar (Bayrisches Oberstes Landesgericht).

Der Kraftfahrer ist verpflichtet, vor Fahrtantritt seine Fahrtüchtigkeit zu überprüfen. Dazu gehört auch, daß er sich vergewissert, ob er stark oder schwach eingebräutes Bier, leichten oder schweren Wein getrunken hat (Oberlandesgericht Braunschweig).

Wer am rechten Straßenrand anhalten will, braucht nicht rechts zu blinken. Die Bremslichter warnen den Hintermann hinreichend (Bayrisches Oberstes Landesgericht).

Der bundesdeutsche Kraftfahrer kann wegen einer in Österreich begangenen und dort abgeurteilten Verkehrsunfallflucht noch einmal in der Bundesrepublik bestraft werden (Bayrisches Oberstes Landesgericht).

Der Träger der Straßenbaulast für eine Landstraße I. Ordnung muß durch ein Warnschild auf Bäume hinweisen, die sich vom Seitenstreifen zur Fahrbahn hinneigen und hohe Aufbauten eines Lastkraftwagens behindern könnten (Oberlandesgericht Oldenburg).

Die Zuständigkeit der Bahnpolizei beschränkt sich auf jene Grundstücke, auf denen sich der eigentliche Bahnbetrieb abspielt. Sie erstreckt sich nicht auf andere der Bahn gehörende Grundstücke (Oberlandesgericht Celle).

Ein Polizeibeamter ist für die Verhinderung oder Verfolgung einer strafbaren Handlung auch dann sachlich zuständig, wenn er keine Dienstkleidung trägt und vor dem Einschreiten nicht im Dienst war (Oberlandesgericht Celle).